

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung  
Landesamtsdirektion

LAD-0032/47-II

Bearbeiter  
Dr. Machold

63 57 11  
DW 2088

1. Okt. 1980

Betrifft

Entwurf eines Gesetzes über den Landesbeirat für Jugend- und Familienpolitik sowie zur Wahrung der Interessen der älteren Generation; Regierungsvorlage

Hoher Landtag!

Zum obbezeichneten Gesetzentwurf wird berichtet:

Allgemeiner Teil



Der Überlegung Rechnung tragend, daß die bestehenden gesetzlichen Interessenvertretungen überwiegend beruflich ausgerichtet sind und es an einem vergleichbaren Instrument zur Wahrnehmung der Anliegen anderer größerer - wie wohl weniger straff organisierter - Bevölkerungsgruppen fehlt, hat der Gesetzgeber im Artikel 25 der Niederösterreichischen Landesverfassung einen Landesbeirat für Jugend- und Familienpolitik sowie zur Wahrung der Interessen der älteren Generation vorgesehen und diesen in den Kreis der zur Begutachtung von Gesetzesvorschlägen berufenen Stellen aufgenommen. Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung und Zusammensetzung des Beirates zu treffen hat der Verfassungsgesetzgeber im wesentlichen dem einfachen Gesetzgeber überlassen.

Der vorliegende Entwurf führt diesen Auftrag aus. Er berücksichtigt das Bestehen zahlreicher Einrichtungen, welche sich der Belange der Jugend, der Familien oder der älteren Generation auf freiwilliger Basis annehmen. Im Beirat wird ein Forum zur Verfügung stehen, um die verschiedenen Interessen der beteiligten Gruppen zusammenfassend zu behandeln. Der Beirat wird insbesondere in weitem Umfang Gesetzesvorschläge zu begutachten haben, da es nur selten der Fall sein wird, daß eine Angelegenheit weder die Interessen der Jugend noch der Familien noch der älteren Generation berührt. Der Beirat soll ferner dem Landtag und der Landesregierung als Beratungsorgan zur Verfügung stehen,

umgekehrt aber auch seinerseits die Möglichkeit haben, mit der Landesregierung in einschlägigen Fragen Verbindung aufzunehmen. Schließlich wird der Beirat insofern eine gewisse Vermittlerrolle einnehmen, als es ihm obliegt, sich mit den Anliegen einzelner Organisationen aus dem Bereich der Jugend, der Familien und der älteren Generation, denen landesweit Bedeutung zukommt, auseinanderzusetzen und die Ergebnisse seiner Beratungen gegenüber den politischen Instanzen zu verfolgen.

Als Ausführungsmaßnahme zur Landesverfassung fällt die Angelegenheit in die Zuständigkeit des Landesgesetzgebers.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen des Entwurfs ist zunächst mit jenen Kosten zu rechnen, welche die Einrichtung einer eigenen Dienststelle regelmäßig verursacht. Um die gesetzlichen Funktionen aufnehmen zu können, werden zumindest 2 Dienstposten (davon einer der Verwendungsgruppe A) erforderlich sein; eine allmähliche Aufstockung um weitere 1 bis 3 Dienstposten scheint nach einer gewissen Anlaufphase realistisch. Für den Sachaufwand fehlen Vergleichswerte; er wird aber voraussichtlich nicht über den Amtssachaufwand einschließlich Reisekosten hinausgehen.

### Besonderer Teil

#### Zu den §§ 1 und 8:

Die Einrichtung des Beirates beim Amt der NÖ Landesregierung empfiehlt sich auf Grund seiner Aufgaben und aus Kostengründen.

#### Zu § 2 Abs. 1:

Hinsichtlich der Größe des Beirates war darauf zu achten, einerseits ein überschaubares Gremium zu schaffen, anderseits so viele Mitglieder vorzusehen, daß jede der zu vertretenden Personengruppen ausreichend berücksichtigt werden kann. Die Zahl 9 trägt beiden Gesichtspunkten Rechnung.

#### Zu § 2 Abs. 2 bis 7:

Als Maßstab für die Bestellung der Mitglieder des Beirates schreibt bereits Art. 25 Abs. 2 NÖ LV die Grundsätze des Verhältniswahlrechtes vor. Die Ausführung lehnt sich an ähnliche Regelungen an (vgl. § 7 NÖ ROG 1976, LGBl. 8000-1; § 51 NÖ SHG,

LGBI. 9200-3; § 2 NÖ Schulaufsichts-Ausführungsgesetz 1975, LGBI. 5010-1, sowie § 65 Abs. 2 und 5 NÖ Gemeindewahlordnung 1974, LGBI. 0350-2).

Zu § 3:

Hier ist auf die Ausführungen im Allgemeinen Teil der Erläuterungen zu verweisen. Die Anerkennung einer Organisation dient einer gewissen Abgrenzung der Tätigkeit des Beirates.

Zu § 4:

Dieser Bestellungsmodus unterstreicht die eigenständige Bedeutung des Beirates.

Zu den §§ 5 bis 7:

Der vom Gesetz gezogene Rahmen für die Geschäftsführung des Beirates sollte im Hinblick auf seine Funktionen nicht zu eng gezogen werden. Die vorgeschlagenen Regelungen beschränken sich daher auf wenige vorhersehbare Streitpunkte.

Zu § 9:

Diese Bestimmung entspricht den Gepflogenheiten in vergleichbaren Fällen (vgl. § 9 Abs. 6 NÖ ROG 1976, LGBI. 8000-1).

Die NÖ Landesregierung beehrt sich daher, den Antrag zu stellen: Der Hohe Landtag wolle die Vorlage der NÖ Landesregierung über den Entwurf eines Gesetzes über den Landesbeirat für Jugend- und Familienpolitik sowie zur Wahrung der Interessen der älteren Generation der verfassungsgemäßen Behandlung unterziehen und einen entsprechenden Gesetzesbeschluß fassen.

Gi

NÖ Landesregierung  
Maurer  
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

